

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Deutsche Sahel-Politik neu denken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bilanz der deutschen Politik in der Sahelzone ist nach Einschätzung der Antragsteller enttäuschend. Während das deutsche Engagement weitgehend ineffektiv geblieben ist, hat Frankreichs Politik oftmals sogar nachweislich zur weiteren Destabilisierung beigetragen. Dass sich die deutschen Strategien in der Sahelzone kontraproduktiv auswirken, ist darauf zurückzuführen, dass das Ziel der Stabilisierung meist eine untergeordnete Rolle spielt. Anstelle sinnvoller Ansätze dominiert der Wille, die deutsche Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortung herauszukehren oder Solidarität mit Frankreich zu zeigen. Darüber hinaus instrumentalisiert oder unterminiert Paris multilaterale Ansätze, die Berlin zwar mitträgt und mitfinanziert, aber nicht geopolitisch mitprägt.

Anhand des Beispiels Sahel, insbesondere Mali, Burkina-Faso und Niger, wird deutlich, dass die sicherheitspolitischen Bemühungen Deutschlands und Frankreichs in Afrika wenig fruchtbar sind. Seit 2019 haben europäische Nationen, einschließlich Deutschlands und Frankreichs, in der Sahelzone an Einfluss verloren, während Interventionen von Russland und von regionalen Mächten eine neue Dimension erreicht haben. Die Konflikte in Mali und den angrenzenden Sahelstaaten haben sich trotz eines umfassenden internationalen Engagements seit 2017 stark intensiviert und ausgebreitet. Dabei kann der mangelnde Erfolg deutscher und französischer Politik nicht allein dadurch erklärt werden, dass in der genannten Region hochkomplexe Konflikte ausgetragen werden, in denen externe Akteure nur begrenzten Einfluss ausüben können. Aber eine genauere Betrachtung zeigt, dass einzelne Aspekte französischer Politik in der Region teils sogar erheblich zur weiteren Destabilisierung beigetragen haben. Nach Auffassung der Antragsteller ist es erforderlich, in der Betrachtung der europäischen Sahelpolitik die Libyenpolitik mitzuberücksichtigen. Unterbelichtet blieben bislang die Auswirkungen des libyschen Konflikts auf den Rest Afrikas. Die unmittelbaren sicherheitspolitischen Folgen des libyschen Konflikts treffen in erster Linie die Staaten im Sahel, vor allem Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad, aber auch Sudan. Das gilt für die NATO-Intervention in Libyen und den daraus resultierenden Bürgerkrieg, insbesondere die spätere französische Unterstützung des Warlords Khalifa Haftar in Libyen sowie die Zusammenarbeit der französischen Armee mit Milizen in Mali. In beiden Fällen handelte es sich weniger um strategisch durchdachte Realpolitik als um fehlgeleitete Ansätze, deren negative Folgen abzusehen waren. Dass sich beim deutschen Engagement kein solch offensichtlich kontraproduktives Vorgehen feststellen lässt, sollte kein Grund für Selbstzufriedenheit sein. Denn es gibt auf deutscher Seite

keinerlei Bestrebungen, Frankreich von destabilisierend wirkendem Vorgehen abzubringen, das wesentlich durch innenpolitische Erwägungen motiviert und vom Narrativ des Antiterrorkampfes dominiert wird. Das klare Feindbild, auf dem Terrorismusbekämpfung beruht, verzerrt jedoch die wesentlich vielschichtigen Verhältnisse vor Ort. In Libyen hat die enge Allianz Frankreichs mit den dezidiert destabilisierend agierenden Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) stark dazu beigetragen, dass sich die französische Politik weit von einer realistischen Strategie der Konfliktbefriedung entfernt hat. So hat das deutsche militärische Engagement, etwa in der Friedensmission der Vereinten Nationen (United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali, MINUSMA) und der Ausbildungsmission der Europäischen Union (European Union Training Mission Mali, EUTM Mali), wenig mit dem Ziel „Stabilisierung vor Ort“ zu tun. In Libyen dient die deutsche Unterstützung für den Prozess der Vereinten Nationen (VN) und deren Waffenembargo als Feigenblatt für die Abwesenheit einer eigenen Libyenpolitik – denn Deutschland ist nicht bereit, sein politisches Gewicht dafür einzusetzen, diesem multilateralen Rahmen wieder Geltung zu verschaffen (www.welt.de/politik/deutschland/article181675850/Bundeswehr-Einsatz-in-Mali-Das-entspricht-nicht-dem-Mandat-des-Bundestages.html, www.reuters.com/article/us-libya-security-eu-tajani-idUSKCN1RM1DO).

Nachdem Khalifa Haftar Anfang April 2019 Tripolis angegriffen und damit einen neuen Bürgerkrieg begonnen hatte, verhinderte die französische Regierung eine Verurteilung des Warlords durch die EU. Im VN-Sicherheitsrat konvergierte die französische Rückendeckung für Haftar mit den Positionen Russlands und der USA; auf europäischer Ebene stach die französische Haltung dagegen heraus. Französische Diplomaten begannen alsbald, in den Medien beider Seiten die Schuld am Krieg zu geben und Haftars Gegner als Terroristen und Kriminelle zu verunglimpfen. Ihren europäischen Counterparts gegenüber spielten sie die humanitären Konsequenzen des Krieges herunter. Die französische Politik bestand also darin, Haftars Krieg eine Chance zu geben (www.reuters.com/article/us-libya-security-analysis-idUSKCN1RR1R6). Frankreich verfolgte diese Linie auch weiter, nachdem Haftars Offensive in den ersten Tagen steckengeblieben war und sich damit erwiesen hatte, dass seine Machtübernahme, wenn überhaupt, nur durch einen langen Krieg erreicht werden konnte. Frankreichs Politik nahm also eine massive Destabilisierung des Landes in Kauf. Sollte dahinter das Kalkül gestanden haben, dass Haftar nach seinem Sieg das Land hätte stabilisieren können, so war dies bestenfalls äußerst riskant. Denn von den unvorhersehbaren Folgen eines langen Krieges abgesehen bot auch ein Sieg Haftars keine guten Aussichten auf langfristige Stabilität. Haftars hochpersonalisierte Machtstruktur umfasste zahlreiche widerstrebende Interessengruppen. Dass diese Struktur nach seinem Ableben Bestand haben würde, war unwahrscheinlich (www.swp-berlin.org/publikation/frankreichs-aussen-und-sicherheitspolitik-unter-praesident-macron). Dennoch konnte es an der französischen Präferenz für Haftar keinen Zweifel geben. So war etwa bezeichnend, dass Frankreich – anders als die USA, Großbritannien und Italien – keine nennenswerte Hilfe für die Offensive der bewaffneten Gruppen aus der nordwestlibyschen Stadt Misrata gegen den Islamischen Staat in der ebenfalls am Mittelmeer gelegenen Stadt Sirt leistete. Vor allem aber trug Frankreich mit dem politischen Zeichen, das seine Unterstützung für Haftar seit Anfang 2016 setzte, wesentlich zum Scheitern des Berliner Prozesses bzw. der Einheitsregierung bei. Die Bundesregierung betonte lediglich, dass Deutschland den bei weitem größten finanziellen Beitrag zur Stabilisierungsfazität leistete, die der libyschen Bevölkerung eine sichtbare Friedensdividende zukommen lassen und so der Einheitsregierung zum Erfolg verhelfen sollte. Der finanzielle Beitrag sowie die diplomatischen Bemühungen Deutschlands wurden jedoch durch die Handlungen Frankreichs konterkariert (<https://ffm-online.org/libyen-am-scheideweg/?highlight=naval%20operations%20to%20combat%20migration>).

Zu bereitwillig unterstützt Deutschland nach Auffassung der Antragsteller multilaterale Formate, ohne sie nennenswert mitzuprägen, und versäumt es, diese zu

verteidigen, wenn sie von einzelnen Staaten untergraben werden. Das macht es Frankreich leicht, multilaterale Prozesse zu instrumentalisieren oder zu unterminieren. Für Deutschland bedarf es intensiverer Auseinandersetzung mit der französischen Sahelpolitik, die in ihren Auswirkungen dem deutschen bzw. europäischen Interesse an der Stabilisierung dieser Region mitunter zuwiderläuft. Voraussetzung für eine offene und sachliche Diskussion darüber ist jedoch eine nüchterne Beurteilung des eigenen Engagements in der Region. Die Ambition, mehr sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen, schlug sich in der Sahelzone nicht in einem zielgerichteten Vorgehen nieder. Wenn Deutschland sich stärker für die Stabilisierung dieser Region einsetzen will, muss es seine Interessen klarer definieren, eigene Ansätze entwickeln und die dafür nötigen Mittel bereitstellen, auch um Alternativen zu den heikleren Strategien des engsten Verbündeten anbieten zu können.

Nach Ansicht der Antragsteller muss sich Deutschland von der bisherigen dysfunktionalen multilateralen Sicherheitspolitik im Sahel lösen. Denn Frankreich nutzt Multilateralismus zur Lastenteilung, um dann – wie in Mali – das internationale Engagement zu dominieren. Wo der multilaterale Rahmen es Frankreich nicht erlaubt, seine Ziele zu verfolgen, agiert es – wie in Libyen – unilateral oder im Verbund mit Alliierten wie den VAE und untergräbt multilaterale Prozesse. Deutschland leistet dem opportunistischen Verhältnis Frankreichs zum Multilateralismus Vorschub, indem es sich weitgehend damit begnügt, multilaterale Ansätze zu unterstützen und zu finanzieren, die andere geprägt haben. Diese Praxis wirkt für Deutschland wie ein Vorwand, um zu kaschieren, dass es in der Sahelzone keine eigenständige Politik verfolgt. Speziell in Libyen wirkt es so, als würde sich Deutschland hinter den Prozessen der Vereinten Nationen (VN) und einem größtenteils unwirksamen Waffenembargo verstecken. Dabei werden kaum ernsthafte Bemühungen unternommen, um Einfluss auf die Staaten auszuüben, die den von den VN gesetzten Rahmen unterminieren.

So hat das französische Außenministerium am 25. Januar 2024 die Veröffentlichung eines Buches des ehemaligen französischen Botschafters in Niger, Sylvain Itté, verboten, das ein von Frankreich unter Mitwirkung des Tuareg-Rebellenführers Rhissa Ag Boula geplantes Projekt zur Destabilisierung Nigers anprangert (www.journalduniger.com/le-livre-qui-revele-un-complot-de-la-france-contre-le-niger-censure/). Auslöser hierfür war die Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Niger und der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich nach dem Staatsstreich im Juli 2023. Die neuen Machthaber wandten sich von Frankreich ab, wiesen den französischen Botschafter Sylvain Itté aus und näherten sich verstärkt Russland an. Es ist der dritte Abzug französischer Soldaten aus einem Land in der Sahelzone innerhalb von 18 Monaten. Vor kurzem hatten die Truppen bereits die ehemalige französische Kolonie Mali verlassen, zu Beginn des Jahres 2023 zogen sie aus Burkina Faso ab. In beiden Ländern war es in den vergangenen Jahren ebenfalls zu Staatsstreichern durch das Militär gekommen (www.berlinertageszeitung.de/Politik/356687-letzte-franzoesische-soldaten-verlassen-den-niger-botschaft-wird-geschlossen.html, www.tagesschau.de/ausland/afrika/frankreich-niger-abzug-100.html).

Die geopolitischen Gleichgewichte verschieben sich im Sahelraum. Europa und Frankreich verlieren von Mali über Burkina Faso und Niger bis zum Tschad massiv an Rückhalt, während Russland, der Iran, die Türkei und arabische Länder das vom Westen unfreiwillig hinterlassene Vakuum ausfüllen. Nun treten Mali, Niger und Burkina Faso auch noch aus der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS aus. Aus Sicht dieser drei Länder ist der Austritt aus der ECOWAS nur konsequent, weil sie voll auf eine eigene Allianz setzen – als neues anti-westliches Bündnis, das eng mit Russland kooperiert. Die drei Sahelländer sehen ihre Zukunft in einer Partnerschaft vor allem mit Russland, aber auch der Türkei, China und Iran – Akteure, die dabei sind, die traditionellen westlichen Partner abzulösen (www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/neue-geopolitische-allianzen-in-der-sahelregion). Jetzt scheint es so, als ob sich auch der Tschad von seinem traditionellen Verbündeten Frankreich und von

Europa absetzt und Nähe zu Moskau sucht. Übergangspräsident Mahamat Déby, der sich nach dem Tod seines Vaters und Langzeitpräsidenten Idriss Déby 2022 mit der Billigung von Paris an die Macht putschte, besuchte Ende Januar 2024 Moskau, um Präsident Putin zu treffen. Ziel war es, die auf bisher Frankreich und Europa ausgerichtete Partnerschaft des Landes zu diversifizieren. Der Moskau-Besuch hat westliche Beobachter überrascht, denn der Tschad galt bisher als treuer Verbündeter Frankreichs. Ohnehin hatte wie fast überall in der Sahelzone die antifranzösische Stimmung auch in Tschad zugenommen (www.africanews.com/2024/01/24/chads-president-meets-with-putin-in-moscow/, www.aljazeera.com/news/2022/5/16/chadians-protest-as-anti-french-sentiments-hit-new-highs-in-sahel). Dieses Beispiel ist symptomatisch dafür, wie Europa im Sahel kontinuierlich an Einfluss verliert.

Diese Entwicklung wird in Deutschland nicht wahrgenommen. Durch Gespräche mit Regierungskreisen in Mali, Niger, Tschad und Burkina Faso, haben die Antragsteller den Eindruck gewonnen, dass für diese Partner Sicherheit und nicht Entwicklungshilfe Priorität hat, und kein Interesse an Genderpolitik oder feministische Entwicklungshilfe besteht. Auch haben die Antragsteller erfahren, dass sich die neuen Machthaber insbesondere von Deutschland einen aktiven diplomatischen Kontakt wünschen, doch die Bundesregierung versteckt sich bei ihrer Sahelpolitik fatalerweise hinter Frankreich und seinen Präsidenten Emmanuel Macron. Zu groß ist die Angst, den „mächtigen Nachbarn Frankreich“ zu verärgern. Vielleicht ist die Bundesregierung der Auffassung, dass vermeintlich arme Länder wie Mali, Niger, Tschad und Burkina Faso für Deutschland keine Rolle spielen. Aber was sie nach Auffassung der Antragsteller dabei unterschätzt, ist die Tatsache, dass ein erheblicher Anteil der westafrikanischen Fluchtrouten zum Mittelmeer durch diese Länder führen und so letztlich hunderttausende illegale Migranten die südlichen EU-Grenzen fluten (www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/niger-migrationsroute-putsch-abkommen-eu).

Die Sahelzone ist für Deutschland und Europa nicht nur geo- und sicherheitspolitisch von großer Bedeutung, sondern auch ökonomisch, insbesondere im Bereich der Bodenschätze. Neben Gold verfügt Mali über bedeutende Vorkommen an Mangan, Eisenerz, Phosphat, Bauxit, Uran und untergeordnet auch an Diamanten, Steinsalz und Baustoffen. Silber wird als Nebenprodukt der industriellen Goldproduktion gewonnen (siehe Rohstoffe Subsahara 31 Länder, Stand 2016/2017, S. 57: www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/rohstoffstudie-subsahara.pdf?__blob=publicationFile&v=2). Im Rohstoffsektor war in Niger in der Vergangenheit vor allem die Ausfuhr von Uran bedeutend. Mittlerweile ist Erdöl mit einem Anteil von einem Fünftel das wichtigste Exportgut. Von 2023 bis 2025 soll sich die exportierte Erdölmenge verdoppeln und dessen Anteil weiter zunehmen. Nach der Fertigstellung der Erdölpipeline von Niger nach Benin könnte die Wirtschaft mit bis zu 12,5 Prozent zulegen (www.africa-business-guide.de/de/maerkte/niger). Frankreichs Atomkraftwerke laufen unter anderem mit Uran aus dem Niger – stabile Lieferungen nach dem Putsch sind also für ganz Europa wichtig. Doch im Niger gibt es Forderungen, diese einzustellen (www.dw.com/de/uran-f%C3%BCr-europa-niger-diskutiert-den-lieferstopp/a-66695891#:~:text=Frankreichs%20Atomkraftwerke%20laufen%20unter%20anderem,gibt%20es%20Forderungen%2C%20diese%20einzustellen). Burkina Faso verfügt neben Manganvorkommen über große bedeutende Goldvorkommen. Gold macht etwa 80 Prozent der Ausfuhr des Landes aus (www.mineralienatlas.de/lexikon/index.php/Burkina%20Faso). Tschad verfügt über bedeutende Erdölvorkommen. Im Jahr 2020 beliefen sich die dortigen auf rund 1,5 Milliarden Barrel (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/40032/umfrage/tschad-nachgewiesene-erdoelreserven-in-milliarden-barrel/>).

Die Antragsteller möchten die Bundesregierung an die in diesem Antrag formulierten deutschen Interessen erinnern und fordern dazu auf, klare strategische Ziele zu definieren, die Deutschland künftig im Sahel erreichen will. Deutschland braucht eine

konkrete Strategie in der Sahelzone, um seine Interessen in dieser Region wahrnehmen zu können.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. eine ressortübergreifende kohärente Sahel-Strategie auszuarbeiten, deren Fokus auf deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen liegt;
 2. auf multilateraler Ebene Frankreichs nachweislichen Beitrag zur Destabilisierung der Sahelzone als Ursache für das weitgehend ineffektive bis kontraproduktive und letztlich erfolglose deutsche diplomatische und militärische Engagement klar zu benennen und offen zu thematisieren;
 3. auf Paternalismus, wertebasierte und sogenannte feministische Entwicklungspolitik, insbesondere die Einführung und Förderung von Genderideologie und Gleichstellungsvorgaben, in der Kooperation mit den Sahelstaaten zu verzichten;
 4. mit internationalen Partnern (einschließlich Russland), die in der Sahelzone aktiv sind, in einen Dialog darüber zu treten, wie geo- und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Interessen in Einklang zu bringen sind und ggf. gemeinsame Maßnahmen umzusetzen, die dieses Ziel unterstützen;
 5. die bereits bestehende militärische und politische Präsenz Russlands in der Sahelregion realistischer zu bewerten und im Umgang mit den Partnerländern der Sahelregion zu berücksichtigen sowie mit dem zunehmenden gesellschaftlichen und politischen antifranzösischen bzw. prorussischen Positionierung der Sahelstaaten realistisch umzugehen und deutsche Wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen als Maßgabe und übergeordnetes Ziel der deutschen Sahelpolitik festzulegen;
 6. die Rohstoffstrategien der Sahelstaaten zu unterstützen und deren damit verbundene Industrialisierungspläne mit deutschen Technologien und Know-how mitzugestalten, um die Weiterverarbeitung der abgebauten Rohstoffe in der Region sicherzustellen – zur Förderung von Wertschöpfungsketten, Schaffung von Arbeitsplätzen und damit einhergehenden Wohlstandsgewinnen für die Sahelzone;
 7. in diesem Zusammenhang bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit den Sahelstaaten zu entwickeln, welche einerseits die Versorgung der deutschen Industrie sicherstellen und andererseits dem Interesse dieser Partnerländer entsprechen, die Erträge aus dem Rohstoffexport langfristig zu sichern und zukunftsträchtig zu investieren;
 8. die Rohstoffe zu identifizieren, die für die deutsche Industrie perspektivisch von strategischer Wichtigkeit sind, und mit den Sahelstaaten entsprechende Verhandlungen zu führen, wie deutsche Unternehmen zukünftig unmittelbar auf diese Rohstoffe zugreifen können;
 9. die Kooperation mit den Sahelstaaten im Rohstoffbereich durch Investitionen in die Infrastruktur im Rahmen wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit stärker zu fördern;
 10. die deutsche Privatwirtschaft erheblich stärker in die neue Strategie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Sahelstaaten einzubinden;
 11. Investitionsgarantien und weitere Absicherungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen und Investoren in den Ländern der Sahelregion auszuweiten und zu erleichtern;
 12. eine größere Flexibilität in der Außen- und Entwicklungspolitik in der Sahelzone zu erwirken. Deutschland muss in der Lage sein, schneller auf sich verändernde Situationen zu reagieren. Hierzu gehört vor allem, konsequenter als bisher Friedensprozesse in den Sahelstaaten entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitisch zu unterstützen;

13. die sicherheitspolitische Kooperation mit den Sahelstaaten zu intensivieren. Der Aufbau von Kapazitäten zur Konfliktbeilegung und -prävention muss konsequent unterstützt werden – insbesondere durch die Ausbildung von Personal;
14. der geopolitischen Herausforderung in der Sahelregion durch eine Stärkung der diplomatischen Präsenz gerade auch zur besseren Vertretung deutscher Interessen gerecht zu werden. Dazu gehört eine Aufstockung des Personals der deutschen diplomatischen Vertretungen insbesondere durch Militärattachés wie auch die verstärkte Entsendung deutschen Personals in Stabsstellen der VN-Missionen;
15. stets kritisch zu prüfen, welche Bundeswehreinätze in der Sahelregion im Sinne deutscher Interessen sind, anstatt weiterhin die deutsche Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortung zu unterstreichen oder Solidarität mit einem EU-Partner zeigen zu wollen;
16. die Prävention der illegalen Einwanderung aus Afrika durch operative Partnerschaften mit den Sahelstaaten zu stärken (zumal diese als Herkunfts- oder Transitländer gelten);
17. durch diese Maßnahmen eine nachhaltige Resilienz der Sahelregion gegenüber wiederkehrenden Krisen zu gewährleisten, der Abhängigkeit von Entwicklungshilfe entschieden entgegenzuwirken und gleichzeitig die deutschen außenwirtschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Interessen in dieser Region effektiv zu schützen.

Berlin, den 10. Februar 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

